

Einladung zum Fachgespräch:

Für das Recht auf

Selbstbestimmung

ver.di

Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen in konfessionellen Kliniken – Rechtliche und arbeitsrechtliche Folgen

In Lippstadt führt ein aktueller Arbeitsrechtsstreit vor Augen, wie weit konfessionelle Träger im Gesundheitswesen Arbeitsbedingungen und medizinische Leistungen meinen, bestimmen zu dürfen. Nach der Fusion des früher evangelischen Krankenhauses Lippstadt mit dem katholischen Dreifaltigkeits-Hospital zu einem »Christlichen Klinikum Lippstadt« wurde dem Leiter der Frauenklinik, Chefarzt Prof. Dr. Joachim Volz, per Dienst-anweisung untersagt, weiterhin medizinisch indizierte Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen – obwohl diese nach geltendem Recht (§ 218a Abs. 2 StGB) rechtmäßig sind. Gegen diese Dienstanweisung führte er Klage vor dem Arbeitsgericht Hamm. Dieses hat die Weisung im August 2025 für rechtens erklärt und auf das Direktionsrecht des Arbeitgebers verwiesen.

Hier geht es nicht nur um eine **arbeitsrechtliche**

Frage im Einzelfall, sondern um einen **grundsätzlichen Konflikt zwischen den Interessen eines konfessionellen Arbeitgebers und staatlichen Rechtsnormen**. Die Folgen für Beschäftigte, Patientinnen und die Versorgung vor Ort können gravierend sein.

Anmeldung zum Fachgespräch:

4. Februar 2026 | um 11 Uhr
Historisches Rathaus
Lange Str. 14
in 59555 Lippstadt

t1p.de/fachgesprach-4-2-26



HINWEIS: Kundgebung vor dem Verfahren

5. Februar 2026 | um 10 Uhr
auf dem Marktplatz Hamm

Das Verfahren vor dem LAG Hamm
beginnt um 12:15 Uhr

Vor diesem Hintergrund laden wir zu einem **Fachgespräch ein**, in dem wir mit Beschäftigten aus dem Gesundheitswesen, juristischen Expert*innen und Vertreter*innen von Gewerkschaften diskutieren wollen:

- Welche **rechtlichen Rahmenbedingungen** gelten derzeit für konfessionelle Träger im Arbeitsrecht – insbesondere im Gesundheitswesen?
- Welche **juristische Tragweite** hat der Fall Lippstadt für die berufliche Handlungsfreiheit von Ärzt*innen und anderen Beschäftigten und für medizinisch indizierte Schwangerschaftsabbrüche?
- Was bedeutet das für die Rechte und Würde betroffener Frauen?
- Wie wirken sich solche Weisungen auf **Arbeitsbedingungen und berufliche Selbstbestimmung** im Gesundheitswesen aus?
- Welche **politischen und gewerkschaftlichen Forderungen** ergeben sich, um eine Versorgung zu gewährleisten, die sowohl den gesetzlichen Anforderungen als auch den beruflichen Rechten der Beschäftigten entspricht?

Wir möchten in diesem Fachgespräch, medizinische Expertise, praktische Erfahrungen, juristische Einschätzungen und gewerkschaftliche Positionen zusammenbringen, um Perspektiven für politische und rechtliche Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Gesundheit,
Soziale Dienste, Bildung
und Wissenschaft